

KONSOLIDIERUNGSPAKET 2012–2016

Eines der größten Konsolidierungsprogramme der Zweiten Republik.

Vergleichbar nur mit dem Paket, das vor dem Beitritt zur Eurozone notwendig war.

Eine gemeinsame Leistung der Bundesregierung. Ein ausgewogenes Paket.

Österreich setzt damit die Schuldenbremse um.

Das Strukturpaket verwirklicht drei Prinzipien

- 1. Zusätzliche Einnahmen und die Schließung von Steuerlücken, keine Anhebung von Massensteuern*
- 2. Sinnvolle Sparmaßnahmen – in der Struktur und nachhaltig*
- 3. Offensivmittel für Investitionen – in Arbeitsmarkt, in Bildung und Forschung*

HIGHLIGHTS, DATEN, FAKTEN

- **Strukturelles gesamtstaatliches Defizit** fällt bereits **2012 unter drei Prozent** des BIP. Somit wird das Verfahren wegen dem übermäßigen Defizit ein Jahr früher als von der EU verlangt beendet werden (2013).
- Neuer Konsolidierungspfad entspricht der österreichischen „**Schuldenbremse**“ (strukturelles Defizit max. 0,45 Prozent des BIP 2017).
- Maastricht Defizit im Jahr 2016 gesamtstaatlich ausgeglichen.
- **Kumuliertes Konsolidierungsvolumen: 26,5 Mrd. Euro (2012 bis 2016);**
- **Ausgewogenes Verhältnis** zwischen sinnvollem Sparen und neuen Einnahmen
- **Offensivmittel für Investitionen gesichert:** Mehr Geld für Schulen (**1,6 Mrd. Euro**), **Universitäten (Uni-Milliarde** ab 2013), Gesundheit, Infrastruktur, Sicherheit, Arbeitsmarkt (**750 Mio. Euro** für **Arbeitsmarktoffensive** für

Ältere), Pflege (**650 Mio. Euro** für die Verlängerung des Pflegefonds)

Bisherige Offensivmittel (400 Mio. Euro pro Jahr für Unis, Ganztagschulen, Forschung, thermische Sanierung, Gesundheit) **bleiben**.

- **keine** Anhebung von **Massensteuern**
- **Bundesländer** leisten mit Einsparungen und der Hebung der Effizienz mit zusätzlich mehr als 5 Mrd. Euro den höchsten Konsolidierungsbeitrag bisher
- **Verkleinerung Bundesregierung, Nationalrat, Bundesrat** ab nächster Legislaturperiode (Arbeitsgruppe auf parlamentarischer Ebene geplant)

Die Konsolidierung auf einen Blick**Gesamtstaatliches Defizit (nach Maastricht) in Vergleich zum BIP**

	2012	2013	2014	2015	2016
Defizitpfad, Prognose Feb. 2012	- 3,2 %	- 3,5 %	- 3,2 %	- 2,8 %	- 2,6 %
Defizitpfad NEU	- 3,0 %	- 2,2 %	- 1,5 %	- 0,7 %	-0,1 %

Strukturelles Defizit in % des BIP

	2012	2013	2014	2015	2016
Defizitpfad	- 2,6 %	- 1,9 %	- 1,5 %	- 0,9 %	- 0,6 %

Konsolidierung in Mrd. Euro

	2012	2013	2014	2015	2016
Gesamtstaat	0,58	4,09	5,42	7,29	9,08
- Bund	0,40	3,38	4,00	5,5	6,6
- Länder, Gemeinden	0,11	0,57	1,18	1,39	1,96

Sinkende Schuldenquote ab 2013 (in % des BIP, Gesamtstaat)

	2012	2013	2014	2015	2016
Schuldenquote ALT*	75,0 %	75,5 %	75,1%	74,4 %.	k. A.
Schuldenquote NEU	74,8 %	75,4 %	74,7 %	73,1 %	71 %

* laut Bundesfinanzrahmen 2012 bis 2015

Die Konsolidierung im Einzelnen, Beispiele, Hintergrund etc.

AUSGABENSEITIGE MAßNAHMEN

In der Übersicht: Die „großen Brocken“ der Einsparungen im aktuellen Strukturpaket (jeweils kumuliert 2012 bis 2016)

ARBEITSMARKT, PENSIONEN UND PENSIONISTEN

Arbeitsmarktoffensive bis 2016

- Bringt Maßnahmen, um ältere ArbeitnehmerInnen länger im Erwerbsleben zu halten.
- Schafft Anreize, damit Unternehmen ältere Menschen beschäftigen.
- Bringt Maßnahmen, damit die ArbeitnehmerInnen gesund bleiben.
- Bringt Maßnahmen für Menschen, die bisher in I-Pension gehen mussten.
- **45.000** ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Personen werden zusätzlich in AMS-Förderungen einbezogen.
- **32.000** stärker beeinträchtigte aber noch arbeitsfähige Personen profitieren von beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen.
- **40.000** ältere Arbeitslose werden mittels Lohnsubventionen in Beschäftigung gebracht.
- **70.000** Personen werden jährlich zusätzlich im Rahmen von Fit2Work beraten.
- **6.000** I-Pensions-Fälle unter 50 werden in Zukunft vom AMS betreut.
- **2.000** Menschen profitieren von der kontinuierlichen Altersteilzeit.

In Summe werden für die Arbeitsmarktoffensive über **750 Millionen Euro** zur Verfügung gestellt. Damit werden **195.000 ältere und gesundheitlich eingeschränkte ArbeitnehmerInnen unterstützt**, um länger im Erwerbsleben zu bleiben.

Weitere Maßnahmen Arbeitsmarkt

- **Pensionsvorschüsse:** werden nicht mehr ausbezahlt, solange kein Gutachten über die Arbeitsunfähigkeit aus der Gesundheitsstraße vorliegt. Einsparung bis 2016: 309 Mio. Euro
- **Arbeitsmarktbeitrag** bei Beendigung eines Dienstverhältnisses. Der Arbeitgeber muss einen Arbeitsmarktbeitrag von 110 Euro entrichten. Mehreinnahmen bis 2016: 343 Mio. Euro
- **Entfall von Blockzeitvereinbarungen** bei der Altersteilzeit. Einsparungen bis 2016: 186 Mio. Euro
- **Altersteilzeitgeld in der kontinuierlichen** Form bis zum Regelpensionsalter; Investitionen bis 2016: 115 Mio. Euro. Einsparungen bei Pensionen und zusätzliche Steuer und Sozialversicherungseinnahmen: 197 Mio. Euro.
- **Verlagerung der I-Pensions-Fälle unter 50 ins AMS** Durch Reha-Maßnahmen kommt es zunächst zu Mehrkosten (Offensivpaket). Ab 2017 ergeben sich durch den längeren Verbleib im Erwerbsleben hohe Einsparungen.
- **Arbeitslosenversicherung-Beitragspflicht** bis zum Pensionsanspruch wird eingeführt. Mehreinnahmen bis 2016: 303 Mio. Euro
- **Erhöhung Arbeitslosengeld** bei Schulungen und Entfall Qualifizierungsbonus. Einsparungen bis 2016: 5 Mio. Euro
- **Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage** in der Arbeitslosenversicherung für DG/DN um zusätzlich 90 Euro. Mehreinnahmen bis 2016: 53 Mio. Euro
- **Streichung Überweisung unternehmensbezogenen Arbeitsmarktpolitik** an BMWFJ. Einsparungen bis 2016: 88 Mio. Euro

Maßnahmen im Pensionsbereich

- **Kontogutschriftmodell:** Ab 2014 wird statt drei nur noch eine Rechtsgrundlage gelten. Dadurch gibt es mehr Transparenz, mehr Fairness, mehr Übersichtlichkeit. Einsparungen bis 2016: 123 Mio. €
- **Pensionsanpassung:** Der Anpassungsfaktor für 2013 und 2014 wird um ein bzw. 0,8 Prozent gesenkt. Einsparung bis 2016: 2,56 Mrd. Euro
- **Anhebung des Tätigkeitsschutzes:** Der Tätigkeitsschutz für gering Qualifizierte wird schrittweise von 57 auf 60 Jahre angehoben. Durch die Maßnahmen der Arbeitsmarktoffensive werden die Betroffenen wieder in den Arbeitsmarkt integriert. Einsparung bis 2016: 464 Mio. Euro
- **Korridor pension:** Es wird in der neuen Rechtsform höhere Abschläge geben, außerdem werden die Versicherungsjahre für die Anerkennung erhöht. Einsparung bis 2016: 509 Mio. Euro
- **Beitragsharmonisierung:** Die Pensionsversicherungsbeiträge für Bauern und Gewerbetreibende werden erhöht. Mehreinnahmen bis 2016: 554 Mio. Euro
- **Nachtschwerarbeit:** Die Beiträge der Dienstgeber für das NSCHG werden angehoben. Mehreinnahmen bis 2016: 102 Mio. Euro
- **Die Höchstbeitragsgrundlage** für die Pensionsversicherung wird angehoben. Mehreinnahmen: 218 Mio.
- **Keine weitere Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage** bei gewerblichen Pensionen: Mehreinnahmen: 83 Mio.

VERWALTUNG UND ÖFFENTLICHER DIENST

Strukturelle Maßnahmen auf Dienstgeberseite: Volumen 700 Mio. Euro

Ein **Aufnahmestopp** für den öffentlichen Dienst bis 2014, begleitet von einem Mobilitätspaket, bringt folgende Einsparungen: 2012 noch 42 Mio. Euro, 2013 94 Mio. Euro, sowie ab 2014 knapp 112 Mio. Euro jährlich, in Summe 471 Mio. Euro. Ausgenommen sind jedenfalls die Bereiche Polizei, Justizwache, LehrerInnen, RichterInnen und StaatsanwältInnen. Auch die Lehrlingsoffensive soll weiter fortgesetzt werden.

Dazu kommen kleinere Maßnahmen wie etwa Änderungen im **Dienstplan** beim Militär, oder ein neues **Dienstzeitenmanagement** für die Exekutive. Diese Maßnahmen bringen gemeinsam noch einmal 222 Mio. Euro.

Betroffen: Militär: 14.600; Exekutivbedienstete (Polizei, Justizwache): ca. 30.000

Besoldungsrechtliche Maßnahmen: Volumen 1,1 Mrd. Euro

Betroffen sind alle Bundesbediensteten und die LandeslehrerInnen, aber ohne die Mitarbeiter der Post, Telekom, alles in allem ca. 210.000 Personen.

Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst (Bund)

- ausg. Exekutive, Richter/innen, Staatsanwält/innen, Justizwache, Lehrer/innen, Finanzpolizei; Aufnahmestopp bis 2014 (keine Nachbesetzung von Pensionsabgängen)

2012: 41,8 Mio. 2013: 94,4 Mio. 2014 ff: 111,6 Mio.

Streichung verlängerter Dienstplan (41. Stunde BMLVS u.a.)

- Neu Organisierung der Dienstpläne
2012 zur Hälfte wirksam, ab 2013 voll wirksam.

2012: Mio. 2013 ff: 16 Mio.

Dienstzeitmanagement Exekutive

- Reform des Mehrdienstleistungssystems

2012: 4,4 Mio.

2013: 19 Mio.

2014 ff: 42,2 Mio.

Nulllohnrunde 2013 und Moderate Gehaltsanpassung 2014

2013: 206 Mio.

2014: 253 Mio.

2015 ff: 311 Mio.

Gesundheit, Spitäler, Sozialversicherung

Im Stabilitätspaket sind unter dem Posten Gesundheitsreform Einsparungen bei den Sozialversicherungen bis 2016 insgesamt knapp 1,4 Mrd. Euro vorgesehen.

Im Gesundheitsbereich wird also die durch die alternde Bevölkerung in Österreich programmierte Ausgabensteigerung durch eine Reihe von Maßnahmen deutlich eingebremst. Weitere erhebliche Einsparungen werden sich bei den Ländern ergeben.

Effizienzsteigerungen in der Bundesverwaltung

Insgesamt Einsparungen im Bereich Dienstrecht und Verwaltung von 2,5 Mrd. bis 2016. Dies führt zu erheblichen Effizienzgewinnen und Modernisierungsschritten durch Strukturbereinigungen in der Verwaltung.

Die Maßnahmen, auf die man sich geeinigt hat, basieren zum größten Teil auf den Vorschlägen des Rechnungshofes zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung.

- Heeresspitäler werden geschlossen
- Reduzierung der Zahl der Bezirksgerichte
- Schulverwaltung neu (Beseitigung von Doppelgleisigkeiten, Straffung und Effizienzsteigerung)
- Interministerielles Flächenmanagement Bundesgebäude, Abgabe des Überschusses
- Konzentration der Serviceleistungen der Ressorts
- E-Government Offensive

- Verbindliche Festlegung in der IT (Standards, Investitionen und Strategie) – nicht nur Bundesclient
- BIG-Reform; SIVBEG
- Marchfeldschlösser GmbH als Tochter der Schönbrunn GmbH
- Zusammenlegung Staatsarchiv und Heeresgeschichtliches Museum
- Integration Heereslichtbildstelle in den Bundespressdienst
- Schaffung einer Österreichischen Verwaltungshochschule
- Überführung des Entminungsdienstes des BM.I ins BMLVS
- Verlagerung des Arbeitsinspektorats des BMVIT ins BMASK
- Patentamt: Umsetzung der RH Empfehlung
- Landwirtschaftsministerium: Gastroinitiative neu, Zusammenlegung div. Ämter, IT-Struktur neu, Bündelung Kontrollen AGES, AMA u. a.

SCHWERPUNKT: STAATSUNTERNEHMEN, FÖRDERWESEN,

SONSTIGES

A) ÖBB

Die ÖBB **redimensionieren** bzw. **überprüfen** die Umsetzung einer Reihe von **Infrastrukturprojekten**. Dadurch sollen 2012 bereits 47 Mio. Euro, 2013 knapp 160 Mio., 2014 knapp 260 Mio., 2015 212 Mio. sowie 2016 240 Mio. Euro eingespart werden. Dies ergibt in der gesamten Konsolidierungsperiode ein Einsparungsvolumen von knapp 920 Mio. Euro alleine bei Schienen-Infrastrukturprojekten.

Aus dem Bereich der ÖBB kommt ein weiterer wichtiger Beitrag zum Sparprogramm: Der Stopp von Frühpensionen bringt Einsparungen in Höhe von 525 Mio. Euro bis 2016.

B) Ermessensausgaben

Über eine Reihe von Ressorts werden 5 % der Ermessensausgaben gebunden. (**Ausnahmen** sind die Bereiche, Wissenschaft, Forschung, , Inneres, Sport,

Verkehr, Innovation Familie und Jugend). Dies ergibt eine Einsparung von 170 Mio. Euro pro Jahr über alle Ministerien gerechnet, insgesamt also 850 Mio. Euro. Welche Ausgaben tatsächlich zurückbehalten werden sollen, liegt in der Entscheidung des jeweiligen Ressorts.

C) Effizientes Förderwesen – koordiniertes Förderwesen

Für die kommende Finanzperiode kann es aufgrund von laufenden Förderprogrammen noch zu keinen relevanten Einsparungen kommen. Für die folgenden Finanzperioden wird das Förderwesen auf neue, stabile und effiziente Beine gestellt.

Ziele: Künftige Vermeidung unerwünschter Doppelförderungen, mehr Transparenz im Umgang mit Fördergeldern und zielführender Einsatz von Fördergeldern. Dafür wurden Mindeststandards entwickelt, die einen effizienten Einsatz der Fördermittel gewährleisten und von allen Gebietskörperschaften in Zukunft eingehalten werden. Das sichert Qualität, Transparenz und Kontrolle. Bund, Länder und Gemeinden werden sich auf mehrjährige Förderungsschwerpunkte festlegen, wobei inhaltliche Überschneidungen zu verhindern sind.

- Bund, Länder und Gemeinden entwickeln abgestimmte mehrjährige Förderschwerpunkte und Förderungsstrategien mit definierten Zielsetzungen unter Vermeidung von Doppelförderungen
- Einführung von One-Stop-Shops zur einheitlichen Abwicklung von Förderungen pro Fördersparte
- Einführung von Mindeststandards und Kenngrößen für alle Förderungen.
- Verpflichtung zur Einhaltung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Fördereffekt und dem damit zusammenhängenden Verwaltungsaufwand.
- Einführung von Indikatoren zur besseren Evaluierung

2015: 500 Mio. 2016: 500 Mio.

AUSBLICK: REFORM NATIONALRAT, BUNDESRAT, BUNDESREGIERUNG

ab der kommenden Legislaturperiode

Ziel: Reduktion der Zahl der Mitglieder der Bundesregierung, des Nationalrats und des Bundesrats (um rund 10 Prozent)

Zu den Fragen der Nationalrats-Wahlordnung wird eine Arbeitsgruppe auf parlamentarischer Ebene gebildet

für die Reform des Bundesrates ist eine Verfassungsmehrheit notwendig

ZUSÄTZLICHE EINNAHMEN, LÜCKENSCHLUSS IM STEUERSYSTEM

	in Mio. Euro pro Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	Insg.	
„Konsolidierungspaket“ ab 2012	Gruppenbesteuerung	0	50	75	75	75	275	
	Streichung der Spekulationsfrist beim Verkauf von Immobilien	0	350	450	500	750	2.050	
	Solidarbeitrag	0	110	110	110	110	440	
	Finanztransaktionen	0	0	500	500	500	1.500	
	Vorsteuerabzug	130	300	300	300	300	1.330	
	Prämienkürzung	0	119	119	119	119	476	
	Streichung Mineralölsteuer-rückvergütung	0	70	80	80	80	310	
	SUMME		130	999	1.634	1.684	1.934	6.381

Weitere Einnahmen:	2013	2014	2015	2016	Insg.
Abgeltungsabgabe:	1.000	50	50	50	1.150

Zusätzliche Einnahmen, Lückenschluss im Steuersystem, Einengen von Gestaltungsspielräumen: Maßnahmen 2012 bis 2016

Gruppenbesteuerung

- Gruppenbesteuerung –Beschränkung der Verlustabschreibung bei Gruppenmitgliedern und ausländischen Betriebsstätten
- Der nach österreichischen Vorschriften umgerechnete ausländische Verlust darf maximal in Höhe des im Ausland ermittelten Verlustes abgezogen werden.

2012: 50 Mio. 2013: 75 Mio. 2014: 75 Mio. 2015 f: 75 Mio.

Streichung der Spekulationsfrist beim Verkauf von Immobilien

Die Spekulationsfrist bei Immobilienveräußerung wird abgeschafft ausgenommen aus neuer Regelung bleiben Hauptwohnsitze, Immobilien, die nach dem 1.4. 2002 gekauft wurden, bleiben steuerverfangen, Wertzuwachs aus dem Verkauf wird mit 25% besteuert. Besteuerung bei Erwerb vor dem Stichtag: bei Immobilien mit vorhergehenden Umwidmungen vor 1.4. 2002 15% des Verkaufspreises, bei Immobilien ohne Umwidmungen 3,5% auf die Verkaufssumme.

Steueraufkommen:

Ab 2016 750 Mio. Euro pro Jahr, 2013 bereits 350 Mio. Euro

Solidarbeitrag

- Gestaffelte Solidarabgabe befristet bis 2016 für Angestellte ab 184.000 € brutto/Jahr und Unternehmer ab einem Gewinn von 175.000 €
- 2013: 110 Mio. 2014: 110 Mio. 2015: 110 Mio. 2016: 110 Mio.

Streichung der Mineralölsteuerrückvergütung

Die Rückvergütung der Mineralölsteuer auf Treibstoff für Landwirte, ÖBB und Wiener Linien wird ersatzlos gestrichen. Diese Maßnahme bringt insgesamt 80 Mio. Euro pro Jahr.

Einschränkung beim Vorsteuerabzug

- Umsatzsteuer – Schließung von Steuerlücken:
Mangels Vorsteuerabzugsberechtigung wurden Bauvorhaben ausgegliedert, der volle Vorsteuerabzug geltend gemacht, steuerpflichtig vermietet und nach 10 Jahren steuerfrei vermietet. Der Vorsteuerabzug steht nur mehr zu, wenn der Mieter vorsteuerabzugsberechtigt ist.
2012: 100 Mio. 2013: 250 Mio. 2014: 250 Mio. 2015 f: 250 Mio.
- Umsatzsteuer - Verlängerung der Vorsteuerrückzahlung
Unternehmer, die Gebäude nach 10 Jahren privat verwenden, müssen in Zukunft einen Teil der erhaltenen Vorsteuern zurückzahlen.
2012: 30 Mio. 2013: 50 Mio. 2014: 50 Mio. 2015 f: 50 Mio.
- Umstellung der pauschalen Beihilfe auf eine 1:1 Förderung ab 2014:
Sozialversicherungsträgern werden die nicht abziehbaren Vorsteuerbeträge ab 2014 im Verhältnis 1:1 erstattet.
2013: 0 Mio. 2014: 100 Mio. 2015: 100 Mio. 2016: 100 Mio.

Prämienbegünstigungen

- Die staatlich gestützte Prämienbegünstigungen für die Privatvorsorge und das Bausparen werden ab 2013 halbiert, Einsparungspotential: knapp 120 Mio. Euro im Jahr.
Bausparprämie beträgt künftig maximal zwischen 1,5% und 4%
2013: 76 Mio. 2014: 76 Mio. 2015: 76 Mio. 2016: 76 Mio.
- Reduktion der Prämie bei der begünstigten Zukunftsvorsorge befristet bis 2016:
Prämie wird von 5,5% auf 2,75% gesenkt
2013: 43 Mio. 2014: 43 Mio. 2015: 43 Mio. 2016: 43 Mio.

Abgeltungsabgabe

Zwölf bis zwanzig Mrd. Euro an **unversteuerten Geldern** aus Österreich liegen laut Schätzungen auf Schweizer Konten. Als Maßnahme bietet sich eine Abgeltungssteuer nach Deutsch-Schweizerischem Vorbild ab 2013 an. Einnahmen: einmalig 2013 als akonto ca. 1 Mrd. Euro; danach jährlich 50 Mio. Euro.

Finanztransaktionssteuer

Die EU-Kommission plant die Einführung einer Finanztransaktionssteuer **im Jahr 2014**. Steuersatz 0,1% auf Handel mit Aktien und Anleihen und 0,01% auf Handel mit Derivaten. Nach dem **EU-Modell** ließen sich EU-weit 50 Mrd. Euro einheben. Würde die FTT nach dem BIP verteilt, würde Österreich 2 % - also rund 1 Mrd. Euro jährlich – einnehmen. Geht man vom Anteil am Transaktionsvolumen in Österreich aus, wären es rund 1 % und daher rund 500 Mio. Euro jährlich.

OFFENSIVMASSNAHMEN, ZUKUNFTSINVESTITIONEN (2012 bis 2016)

Ein wesentliches Prinzip des Strukturpakets ist, dass der Spielraum für Zukunftsinvestitionen erhalten und ausgebaut werden soll. Folgende Mittel wurden ab 2013 gesichert:

Uni-Milliarde	1 Mrd. Euro
Schulen	1,6 Mrd. Euro
Pflegefonds (Verlängerung ab 2015)	650 Mio. Euro
Arbeitsmarkt für Ältere	750 Mio. Euro
Offensivmittel (Unis, Ganztagsangebote, Forschung, Gesundheit, thermische Sanierung)	1,6 Mrd. Euro